

Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus 20 Pf. für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erstattung bezogen für Frankreich, Belgien, das Saar- und Rheinlandgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 20 Pf., für das übrige Ausland 25 Pf. — Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Drelle Straße 8-9

Die Jahrgangspostens-Kontingente über deren Raum kostet 6,- M., einschließlich Lieferkosten. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,30 M., einschließlich Lieferkosten. Vierteljahrige Anzeigen laut Tarif, Wort 1,30 M., einschließlich Lieferkosten. Halbjährige Anzeigen laut Tarif, Wort 1,30 M., einschließlich Lieferkosten. Jahresanzeigen laut Tarif, Wort 1,30 M., einschließlich Lieferkosten. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIFER

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Reparationsmöglichkeiten

Der Reparationsplan der englischen Industrie

Von Prof. E. Lederer-Heidelberg

Unmählich beginnt sich die Tatsache auszuwirken, daß die Deutschland auferlegte Reparationsverpflichtung im wesentlichen eine grundsätzliche Aenderung in den Handelsbeziehungen der Staaten untereinander schaffen muß. Wenn im Friedensvertrage bestimmt wurde, daß „Deutschland“ an die Alliierten zu zahlen habe, so mußte man wissen, daß diese Zahlung „Deutschlands“ im Grunde nur eine Zahlung seiner Bürger sein könne, da ja Deutschland selbst über ein Vermögen oder über Einkünfte nicht verfügt. Und ebenso hätte man wissen müssen, daß „Frankreich“ eine Zahlung nicht anders als dadurch empfangen könne, daß Gewinne oder Vermögensteile deutscher Unternehmungen ins Ausland übertragen, also daß große Verkäufe stattfinden, deren Abnehmer in Frankreich oder auf anderen Märkten sich finden müßten. Es mußte also von vornherein klar sein, daß weitgehende Verschiebungen in den Absatzmärkten erfolgen werden, und daß letzten Endes Deutschland zu einem sehr forcierten Schleuderelexport genötigt sein werde, wie er sich nun tatsächlich unter dem Druck der deutschen Baluta auch in größtem Umfange vollzieht. Weil nun diese Reparationen im Wesen dazu dienen, die Defizite der alliierten Staaten zu decken, dieses Defizit aber durch Einschränkung der Rüstungsausgaben sehr wesentlich verringert, ja sogar ganz beseitigt werden könnte, so wäre Einschränkung der Staatsausgaben der eine Weg, um die Verwirrung der Märkte, welche die Reparation hervorruft, zu beheben. Da man aber mit politischen Kräften rechnen muß, welche zunächst einen solchen Ausweg verdammen, ist es begreiflicherweise das Interesse der fremden Industrien, den deutschen Warenabfluß so zu gestalten, daß er ihre Kreise am wenigsten stört. Das kann aber nur erreicht werden, wenn der deutsche Warenabfluß keine zusätzliche Konkurrenz bedeutet, sondern im Gegenteil neue Märkte erschließt. Dann kann die Reparation sogar zum Ausgangspunkt von wirtschaftlichen Neuschöpfungen werden und als Schrittmacher der alliierten Industrien dienen. Dies ist auch in der Tat der Gesichtspunkt, welcher gegenwärtig vom Verband der britischen Industrie in einer diebemerktens Demoskript vertreten wird.

Die Schwierigkeit für die englische Industrie besteht in einer Verdrängung seiner europäischen Märkte. Die Kaufkraft der mittel- und osteuropäischen Länder ist nicht nur durch die Entwertung ihrer Währungen sehr vermindert, sondern auch ihre Produktion hat, im ganzen genommen, nachgelassen. Sowohl die Landwirtschaft als das Verkehrswesen und die Industrie erzeugen heute noch immer bedeutend weniger als vor dem Kriege, wenn man Europa als Ganzes betrachtet, und diese Länder können daher zusammengenommen auch wieder nur weniger Importwaren beziehen, weil auf die Dauer Import nur durch Warenelexport bezahlt werden kann. Diese Verringerung der Kaufkraft in Europa ist schon längst von der englischen Industrie als eine der Hauptursachen für die Weltwirtschaftskrise erkannt worden, und die Kreise, welche sich ihren wirtschaftlich klaren Blick nicht durch politische Schlagworte trüben lassen, wissen sehr wohl, daß ohne eine ökonomische Erstarung der ehemaligen Feinde auch ihr ökonomisches Gedeihen nicht wiederhergestellt werden könne. Aus diesem Zwiespalt zwischen politischen Wünschen und ökonomischen Notwendigkeiten suchen die englischen Industrien den Ausweg, daß die deutsche Industrie zugunsten der alliierten Gläubiger den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Mittel- und Westeuropa durchzuführen soll. Das würde sich in der Praxis so abspielen, daß die deutsche Industrie zur Vorfierung von Lokomotiven, Waggons, Schienen usw. für die russischen, polnischen Bahnen usw. übernehmen würde und daß der Gegenwert zur Bezahlung der Reparation verwendet werden würde. Märkte, welche ohnedies infolge der Balutasituation, der Transportlage usw. in erster Linie günstig für die deutsche Produktion liegen, sollen in ihrer Aufnahmefähigkeit gesteigert werden, und der Preis soll der Reparation zugute kommen.

Da erheben sich sofort eine Menge schwerwiegender Fragen, welche sich die britischen Industriellen wohl auch vorgelegt haben:

1. Wenn deutsche Lieferungen in großem Umfange nach dem Osten gehen sollen, so muß der Handelsverkehr auf eine breite, zuverlässige Grundlagte gestellt werden. Denn offenbar werden diese zerrütteten Staaten nicht instand zu sein, sofort die vollen Gegenwerte für die gelieferten Waren zu geben, sondern werden nur Zahlungsversprechungen oder Konzeptionen, kurzum künftige Zahlungen als Gegenwert bieten können, deren Sicherheit schließlich von der Gestaltung der politischen Verhältnisse abhängt. Reparation durch Wiederaufbau im Osten bedeutet also ein großes außenpolitisches Programm in einer Richtung, welche Lloyd George offenbar schon lange verfolgt, ohne sie bisher gegenüber Frankreich durchsetzen zu können. (Auch das Problem des polnischen Staates hängt damit zusammen.)

2. Wenn dieses Problem gelöst wäre im Sinne einer realistischen Ordnung der osteuropäischen Probleme, so ergibt sich die weitere Frage; ist es möglich, zusätzlichen Export an

Krise im Hochbahnbetrieb

Streikbeschuß der Angestellten Neunzehntel Mehrheit für den Streik

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat das gesamte Personal der Hochbahngesellschaft Lohn- und Gehaltsforderungen erhoben, die auf dem Verhandlungswege zwischen den Vertretern der Arbeiter und Angestellten und der Direktion der Hochbahngesellschaft nicht erledigt werden konnten. Es wurde eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,50 Mark pro Stunde und die Zahlung der Restsumme von 150 Mark der bereits bewilligten Wirtschaftshilfe gefordert.

Das Reichsarbeitsministerium hatte zum Sonnabend eine Sitzung vor dem Schlichtungsausschuß anberaumt. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde ein Uebereinkommen zwischen den Vertretern der Direktion und den Vertretern der Gewerkschaften und dem Betriebsrat getroffen. Hiernach sollte für den Monat Dezember der einmalige Betrag von 150 Mark und anherdem eine Erhöhung des Stundenlohns um 2,70 bzw. 2,50 Mark pro Stunde gezahlt werden.

In einer am Sonntag stattgefundenen Vollversammlung des gesamten Personals wurde beschlossen, die alte Forderung ausreicht zu erhalten. Außerdem wurde eine Abstimmung in den Betrieben vorgenommen, die mit neunzehntel Mehrheit sich gegen das Abkommen und für den Streik aussprach.

Die Vertreter der Gewerkschaften, die Betriebsräte sowie sämtliche Funktionäre der Hochbahner haben sich nun am Dienstag mit der Situation beschäftigt und nach ausföhrlicher Debatte beschlossen, alle Vorbereitungen zu treffen, um den Streik am Freitag, den 9. Dezember, eintreten zu lassen, falls die Direktion der Hochbahngesellschaft es ablehnt, weitere Zugeständnisse zu machen.

In einer Zuschrift der Vertreter der Hochbahnangestellten wird uns ausdröcklich versichert, daß die Hochbahner zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts nach wie vor bereit sind. Die kraße Not zwingt sie aber, an ihren minimalen Forderungen festzuhalten.

Wir hoffen, daß die Direktion der Hochbahngesellschaft den Konflikt nicht auf die Spitze treibt und in letzter Stunde die be-

rechtigten Forderungen der Hochbahner bewilligt. Hat sie doch die Fahrpreise bisher noch immer pünktlich erhöht, sobald ein Vorwand dazu gegeben war.

Erhöhte Erwerbslosenunterstützung

Die Reichsregierung hat beschlossen, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Teuerung vom 5. Dezember 1921 ab erhöhte Erwerbslosenunterstützungssätze zuzulassen. Diese Höchstsätze betragen:

1. Für männliche Personen:

- a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, in den Ortsklassen A 15 M., B 13,75 M., C 12,50 M., D und E 11,25 M.;
- b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, in den Ortsklassen A 12,50 M., B 11,25 M., C 10 M., D und E 8,75 M.;
- c) unter 21 Jahren in den Ortsklassen A 8,50 M., B 7,75 M., C 7 M., D und E 6,25 M.;

2. Für weibliche Personen:

- a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, in den Ortsklassen A 12,50 M., B 11,25 M., C 10 M., D und E 8,75 M.;
- b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, in den Ortsklassen A 8,50 M., B 7,75 M., C 7 M., D und E 6,25 M.;
- c) unter 21 Jahren in den Ortsklassen A 7 M., B 6,25 M., C 5,50 M., D und E 4,75 M.;

3. Als Familienzuschläge für:

- a) den Ehegatten in den Ortsklassen A 7 M., B 6,25 M., C 5,50 M., D und E 4,75 M.;
- b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige in den Ortsklassen A 6 M., B 5,50 M., C 5 M., D und E 4,50 M.;

Die neuen Unterstützungssätze gelten ebenso wie bisher als Höchstsätze. Es bleibt den Gemeinden, gegebenenfalls auch den Ausschüssen dort, wo Anlaß dazu geboten sein sollte, überlassen, Unterstützungssätze festzusetzen, die nicht das höchstzulässige Maß erreichen, namentlich in Bezirken, in denen durch die Gewährung des Höchstsatzes die Unterstützung sich den üblichen Löhnen nähern oder sie gar überschreiten würde.

Für Berlin sind maßgebend die Sätze unter A.

deutschen Waren in dem Umfange der Reparation zu leisten, und zwar nicht nur technisch zu leisten, sondern auch soviel Absatz zu finden, daß die Reparationsraten damit beglichen werden könnten? Daß es sich hier um zusätzlichen Export, über den bisher gesehene hinaus, handeln muß, ist offensichtlich. Denn die bisherigen Exporte sind notwendig, ja sie reichen nicht einmal aus, um die Importe nach Deutschland zu bezahlen. Diese Importe (von Luxuswaren abgesehen) einzuschränken, ist praktisch nicht möglich, weil das deutsche Volk leben muß, um arbeiten zu können. Es würde also gar nichts nützen, wenn auf der einen Seite Exporte nach Rußland ermöglicht würden, ohne den Export in die übrigen Märkte aufrechtzuerhalten, ja noch zu steigern. Der Markt für englische Produkte kann also durch diesen Plan nicht entlastet werden.

3. Auch wenn der zusätzliche Export im Umfange der fälligen Reparationsraten gelingt, wenn es möglich ist, den ganzen Gegenwert in die Hand der fremden Regierungen zu bringen, wenn so eine neue Konkurrenz unmittelbar aus der Reparation für England nicht entsteht, so bleibt das innenwirtschaftliche deutsche Problem noch ungelöst: denn diese Reparationsleistungen müssen ja doch den deutschen Industriellen bezahlt werden, und das ist nur möglich, wenn in dem Betrag ihres Wertes die Regierung über neue Steuereingänge verfügt oder Ersparnisse im Staatshaushalte erzielt. Das dies im ganzen Umfange der Leistungen sofort durchführbar wäre, ist bei größtem Optimismus schwer anzunehmen. Es bliebe also nur Notendruck zur Finanzierung dieser Exporte möglich. Deshalb sieht die englische Industrie noch einen anderen Weg vor: da sie weiß, daß aus der jährlichen Arbeit die Reparation in ihrem ganzen Umfange nicht herausgeholt werden kann, so ist auch sie der Meinung, daß die Substanz des deutschen Volkvermögens herangezogen werden muß. In dem wichtigsten Teile des erwähnten Gutachten schlägt daher die britische Industrie kapitalistische Durchdringung der deutschen Industrie vor. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß hier die britische Industrie sich den Gedanken der „Erfassung der Sachwerte“ voll zu eigen gemacht hat. Denn wenn es heißt, daß Papiere geschaffen werden sollen, welche von den deutschen Unternehmungen, und zwar industriellen, kommerziellen, Banken und Verkehrs-Unternehmungen als Realloft übernommen und verzinst werden sollen, so läuft das ökonomisch auf dasselbe hinaus, wie die Schaffung von Gutsaktien oder Goldhypotheken zum Zwecke der Verwertung

durch das Reich. Es ist dann eine Frage zweiten Ranges, wenigstens eine wichtige Frage, ob an festverzinsliche Hypotheken oder an Beteiligung (mit beweglichem Ertrögnis, je nach Geschäftsgang der Industrie) gedacht ist. Mit Recht hebt der englische Bericht hervor, daß dadurch die Schuld der einen Regierung an die andere sich umwandeln würde in eine Schuld der deutschen Industriellen an die englischen oder überhaupt ausländischen privaten Kapitalisten. Das ist auch die einzige Form, in welcher Kapitalien großen Umfanges aus einem Lande in das andere Land übertragen werden können. Auch dieser Weg schließt noch viele Probleme in sich ein, aber es ist immerhin ein günstiges Symptom, daß man nachzudenken beginnt, auf welchem Wege die Reparation ökonomisch zu leisten möglich ist. Dieser Weg der Kapitalhingabe ist dann natürlich nur parallel mit entsprechender Besteuerung möglich.

Gewiß die Ueberantwortung eines großen Teiles der ökonomischen Substanz an fremde Gläubiger ist bedenklich. Aber wir können ihn, wenn wir auch nur einen Teil der verlangten Reparation leisten sollen, nicht vermeiden. Ob diese ökonomische Substanz für immer in fremden Händen bleiben wird — wer vermöchte es zu sagen? Vielleicht werden die Produktivkräfte Deutschlands einmal so ergiebig sein, daß die Möglichkeit besteht, sie zurückzuerwerben. Wie immer dem sein mag, heute bleibt keine Wahl übrig. Es ist ein Zeichen, daß man in der Welt wieder sucht, vernünftiger zu werden, wenn heute an Formen gedacht wird, welche die Reparation wirtschaftlich möglich machen sollen. Bloße Ablehnung dieser Pläne gegenüber ist nicht am Platz. Man muß sich mit ihnen auseinandersetzen und ihnen diejenigen Formen zu geben versuchen, in welchen die Elastizität der deutschen Wirtschaftskräfte nicht gebrochen, der Einfluß des fremden Kapitals nicht zu einer Herrschaft, und die notwendigen Exporte nicht zu einer Gefährdung des Existenzminimums werden. Wie anders stünde aber Deutschland heute da, wenn es bereits seinerseits mit den vom Reich erfassten Sachwerten als verhandlungswürdiger Partner sich auf die hier vorgeschlagene Plattform begeben könnte — anstatt, daß es sich wieder das Gesetz des Handelns diktieren lassen soll. Die Kreise, welche die Erfassung der Sachwerte bisher hintertrieben haben, ohne durch eine solche und eigenständige Kreditation die Zahlungen zu ermöglichen, werden die Schuld daran tragen, wenn das deutsche Wirtschaftslieben mehr als notwendig unter die Kontrolle des ausländischen Kapitals gelangen sollte.

Die Umsatzsteuer

Auch hier Vergünstigungen für die Landwirtschaft

Der Reichstagsauschuss für Besitzsteuer... Abg. Hammer (Dn.) forderte Berücksichtigung des Mittelstandes und Befreiung der Landwirtschaft von der Umsatzsteuer.

Abg. Dr. Breitscheid (U. S. P.) weist die Angriffe Heydemanns und der 'Roten Fahne' auf die Unabhängigen zurück. Er habe seitdem als Berichterstatter gesprochen und nicht als Redner der Fraktion.

Abg. Bruha (Dn.) tritt für Abschaffung der Inkontinentensteuer ein. Abg. Harkleb (S. P. D.): Die Umsatzsteuer soll das Gleichgewicht im Haushalt herstellen, sie würde dadurch der Geldentwertung und der Preissteigerung entgegenwirken.

Ein Antrag der Deutschnationalen, den im eigenen Betrieb erzeugten Verzehr der Landwirtschaft für die einzelnen Familienangehörigen — im Gegensatz zu den jetzigen Bestimmungen — umsatzsteuerfrei zu machen, wird von dem Abg. Goldmann (U. S. P. D.) scharf bekämpft.

Zum Schluss gab der Staatssekretär Dr. Japp auf die Anfrage Breitschoids im Namen der Regierung die Erklärung ab, daß bei den Besprechungen mit den Parteiführern von einer beschleunigten Berücksichtigung der Umsatzsteuer nicht die Rede gewesen ist.

Margarine billiger!

Berlin, 7. Dezember.

Der Margarineverband E. A. teilt mit: Die Margarineindustrie hat beschlossen, ihre Preise auf Grund des Vorschlages der Preiskommission des Margarineverbandes ab heute um 5 M. für das Pfund zu ermäßigen.

Diese Preisermäßigung zeigt, daß die jüngsten Steigerungen der Margarinepreise durch nichts gerechtfertigt waren, die wir wegen der wucherischen Preisgestaltung in diesem Artikel erhoben haben.

Der Dollar

Der Dollarkurs ist beständig erheblichen Schwankungen unterworfen. Während der amtliche Kurs am Dienstag 227,02 betrug, wurde er gestern mit 209,04 notiert.

Die Explosion in Saarwellingen

II. Saarbrücken, den 7. Dezember.

Von einem Augenzeugen wird über die Explosionskatastrophe in der Dynamitfabrik Alfred Nobel u. Co. in Saarwellingen nach folgendem berichtet: Nach der um 11 Uhr in der Nitro-Explosivschmelze entstandenen Explosion, die von ungeheurer Gewalt war, entstand in den Fabrikanlagen ein Brand, dem neben den Hauptgebäuden eine Reihe von Nebengebäuden zum Opfer fiel.

ersten Explosion durch schnelle Flucht aus dem zusammenbrechenden Hause retten. Nach kurzer Zeit trafen die Feuerwehrwehren der Umgebung und Rettungsmannschaften ein, denen es gelang, des Feuers in den späten Nachmittagsstunden Herr zu werden und so weiteren Explosionen vorzubeugen.

Aus Saarlouis kamen bald nach Meldung des Unglücks Sanitätsautos herüber, die die Verwundeten in das Saarlouiser Lazarett brachten. Der Materialschaden ist so bedeutend, daß noch der Aussage eines Direktors der Fabrik mit dem Gedanken umgegangen wird, das Werk nicht mehr aufbauen zu lassen.

Der Klub der Harmlosen vor dem Reichsgericht

Sie waren ganz unbeteiligt

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Leipzig den 7. Dezember 1921.

Was die jüngsten Bürger der deutschen Republik kaum noch zu erleben hoffen durften, das ist jetzt doch Ereignis geworden. Vor dem Reichsgericht ist heute der Hochverratsprozeß gegen drei Kapp-Putschisten eröffnet worden: Traugott von Jagow, Konrad von Wangenheim und Dr. Schiele.

Die Vernehmung der drei Patrioten, die den heutigen Verhandlungstag ausfüllte, ergab, daß sie alle drei an dem Umsturz des 13. März 1920 ganz unschuldig sind. Jagow hat zwar schon im Juni des Vorjahres seine wertvolle Hilfe versprochen, sich zur Übernahme des preussischen Innenministeriums bereit erklärt, aber er versichert treuherzig, daß es sich dabei nur um ein völlig legales Vorgehen gehandelt habe.

Nicht minder der Landwirtschafter Wangenheim, der auch von dem gewalttätigen Umsturz nichts gewußt hat und natürlich auch geglaubt hat, daß ganz Deutschland die Kapp-Regierung freudig anerkenne. Vom Generalfreilicht schwärmt er so wohl wie Jagow. Diese Kundgebung des Volkswillens hat beide anscheinend nicht aus ihren Träumen reißen können.

Desgleichen der Herr Dr. Schiele, der überhaupt kein Amt gehabt hat und niemals Wirtschaftsminister gewesen ist, wie man ihm fälschlich nachgesagt, sondern nur als Freund Kapps und Sympathisierender Zuhörer dabei war.

Morgen sollen Urkunden verlesen werden, die Zeugen sind noch nicht eingetroffen.

Aus dem Verhandlungsbericht geben wir noch folgende Einzelheiten wieder:

Der Präsident hält dem Angeklagten v. Jagow vor, daß er nicht ohne weiteres habe annehmen können, daß die gefasste Gewalt auf Kapp und Genossen übergegangen war. Es habe sich doch nur um eine Brigade gehandelt, die in einem kleinen Teile des Reiches die Gewalt an sich gerissen hatte.

Der Präsident betont, daß ein hochverräterisches Unternehmen sich auch in einer fortgesetzten Handlung betätigen könne. Der Angeklagte ist der Meinung, daß es seine Pflicht als preussischer Beamter war, durch Annahme des Amtes als Minister weiterzuarbeiten.

Der Präsident wirft hier ein, daß auch eine vorübergehende Verfassungsänderung eine Verfassungsänderung sein würde. Jagow schildert dann im einzelnen die Vorgänge der ersten Tage

zahlreiche Fensterscheiben durch den Luftdruck, den die Explosion im Gefolge hatte, eingedrückt worden. Zahlreiche Angehörige von Arbeitern umstießen die Unglücksstätte, um das Schicksal ihrer Ernährer besorgt. Der Ort der Explosion ist durch französisches Militär abgesperrt.

Bei der Fabrik der Firma Dynamit-Aktiengesellschaft vorm. Alfred Nobel u. Co. in Saarwellingen handelt es sich um eine Zweigfabrik der bekannten Dynamit-Aktiengesellschaft, die infolge Uebergangs der fiskalischen Kohlengruben an der Saar in französische Verwaltung an die Agence Franco-Sarroise d'Explosifs Nobel in Saarbrücken auf eine Reihe von Jahren verpachtet worden ist.

Aus Anlaß des Explosionsunglücks in Saarwellingen hat der preussische Ministerpräsident Braun im Namen der preussischen Staatsregierung an den Bürgermeister in Saarwellingen folgendes Telegramm gerichtet: Den beklagenswerten Opfern des juchbaren Explosionsunglücks spreche ich die herzlichste Teilnahme der preussischen Staatsregierung aus.

Der Klub der Harmlosen vor dem Reichsgericht

und gibt an: In der Nacht zum 15. habe eine Besprechung stattgefunden, in der General Maerker, der aus Dresden gekommen war, sprach. Er selbst habe sich an der Besprechung nicht beteiligt, sondern ihr nur zugehört.

Auf Vorhalt gibt der Angeklagte von Jagow zu, daß er sich Herrn von Lüttwisch gegenüber bereit erklärt habe, auch unter ihm das Ministerium des Innern interimistisch zu leiten. Der Angeklagte ist überzeugt.

daß Lüttwisch die Seele des Unternehmens gewesen ist

und daß Kapp nur im letzten Augenblick in die Sache hineingezogen wurde. Am 17. März habe von Lüttwisch als militärischer Diktator Ernennungen vornehmen wollen. Am folgenden Tage sei er, Jagow, nach Potsdam gefahren und habe sich dort bis zum Sonnabend mittag aufgehalten, um sich nötigenfalls gerichtlich vernehmen zu lassen.

Auf eine Frage seines Verteidigers bemerkt der Angeklagte, er habe bei einer Besprechung mit Kapp im Juli 1919 nur an eine legale Umwandlung der Regierung gedacht. Ein Programm, die Verfassung gewalttätig zu ändern, sei nicht aufgestellt worden.

Hierauf wird der zweite Angeklagte, Freiherr v. Wangenheim, vernommen. Er war am 13. März nicht in Berlin und hat erst auf der Rückreise von Hannover von dem Ereignis gehört. Als er abends in Berlin angekommen sei, habe er einen Brief Kapps vorgefunden. Er sei daraufhin zu Kapp gegangen, und dieser habe ihn aufgefordert, das preussische Landwirtschaftsministerium zu übernehmen.

Mit politischen Dingen habe er sich nicht befaßt.

Einige Fragen seiner Verteidiger beantwortet der Angeklagte in einer Weise, die keine Auffassung von der völlig unpolitischen Art seiner Stellung beim Kapp-Unternehmen dokumentieren soll. Von dem Aufstuf des Ministers Schmidt zum Generalfreilicht habe er keine Kenntnis gehabt.

Der dritte Angeklagte, Dr. Schiele, bestreitet mit Entschiedenheit die gegen ihn erhobene Beschuldigung. Nicht gegen, sondern für die Verfassung habe er eintreten wollen. Die damaligen Zustände seien nicht verfassungsmäßig, sondern verfassungswidrig gewesen. Er selbst habe nicht zu den Führern des Unternehmens Kapp-Lüttwisch gehört.

Er habe lediglich Kapp seine Mitwirkung nicht verweigert.

Ueber das ihm zu übertragende Ministerium sei dabei nicht gesprochen worden. Nach Aenderung der politischen Machtverhältnisse habe er ihm keine Zulage ausgestellt. Er habe dabei angenommen, daß das weiter nichts bedeute, als was am 9. November 1918 so viele andere Beamte getan haben, nämlich das Fortbestehen der Staatsbetriebe zu ermöglichen.

Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet. Die Verhandlung wird um 3 Uhr nachmittags auf Donnerstag vormittag 9 Uhr verlagert.

